

Position des Interessenverbandes mofair

zur

beabsichtigten Kürzung der Regionalisierungsmittel im ÖPNV

Berlin, 8. März 2006

Die Bundesregierung beabsichtigt mit dem Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes, das am 22. Februar 2006 im Bundeskabinett die Zustimmung fand, bis zum Jahre 2009 die finanziellen Transferleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verteilt über einen mittelfristigen Zeitraum deutlich zu reduzieren. Im Gesetz ist die **Abschmelzung von insgesamt 2, 3 Mrd. EURO an Regionalisierungsmittel** vorgesehen.

mofair als Interessenverband für mehr Wettbewerb und Wachstum im ÖPNV positioniert sich entschieden gegen eine pauschale Kürzung der öffentlichen Finanzmittel. Nicht die Absenkung als solche steht dabei im Mittelpunkt, sondern Ausmaß und abruptes Eintreten bereits in 2007 wird kritisiert. Im Besonderen, wenn dabei die Etablierung von Wettbewerb im ÖPNV nicht parallel beschleunigt wird. Kürzungen die auf unvorbereitete Strukturen treffen, könnten äußerst negative Auswirkungen auf den Reformprozess und die neuen Wettbewerbsunternehmen haben. mofair fordert die Verantwortlichen in der Politik auf, die Rahmenbedingungen für einen mittelfristigen Übergang in einen zukunftsorientierten europäischen Verkehrsmarkt zu gestalten und eine dauerhafte Stärkung der Instrumente und Mechanismen des nationalen Wettbewerbsmarktes vorzunehmen. Dazu gehört auch die Auflösung monopolisierter Märkte bzw. die Entflechtung staatlicher Strukturen und Aufgabenstellungen. Auch darf der zukünftige Wegfall der Zweckbindung auf der Länderebene nicht einseitig zu Lasten des ÖPNV gehen. Die Verkehrs- und Finanzminister der Bundesländer sind aufgefordert, hier den ÖPNV über einen ausreichenden Einsatz der Finanzmittel zu stärken und damit ein attraktives Angebot des öffentlichen Personenverkehr zu gestalten.

In diesem Zusammenhang begrüßt und unterstützt mofair die Position des Bundesverbandes der Aufgabenträger im SPNV vom 21. Februar 2006 ausdrücklich. Die Klärung der wirtschaftlichen und organisatorischen Fragestellungen bei Infrastruktur- und Netzaktivitäten im SPNV sowie die Beachtung von vertraglichen Strukturen unter Einbeziehung des Betriebes des größten staatlichen Unternehmens sind von entscheidender Bedeutung zur Erreichung von Effizienzsteigerung und einer angemessenen Reduzierung der Regionalisierungsmittel im ÖPNV.

Es ist richtig, dass alle Bereiche im Rahmen der Haushaltskonsolidierung einen finanziellen Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Kassen leisten müssen. Auch im ÖPNV sind in der Vergangenheit durch Restrukturierung der Unternehmen und durch wettbewerbliche Verfahren wirksame Ansätze zu mehr Effizienz im ÖPNV gestaltet worden.

Dieser Weg muss aus unserer Sicht konsequent weiter verfolgt werden. D. h. insbesondere die Entwicklung im Schienen Personennahverkehr (SPNV), der durch eine Kürzung der Regionalisierungsmittel stark belastet werden würde, sollte über Ausschreibungen und Konkurrenz der Angebote weiter verbessert werden. Wird der SPNV weiter zu einem Wettbewerbs- und Wachstumsmarkt geführt, kann er über Effizienzsteigerung einen gewichtigen Beitrag zur dauerhaften Entlastung der öffentlichen Finanzierung leisten. Bereits heute entfalten wettbewerbliche Vergaben im ÖPNV neben einer Steigerung der Angebotsqualität bei optimaler Gestaltung der Strecken bzw. Netze beachtliche Kostenvorteile.

Die Konzeption der Bundesregierung zur Reduzierung der Finanzmittel im Bereich des ÖPNV sollte diese ersten Reformschritte berücksichtigen und nicht aus dem Tritt bringen, damit Kürzungen auf einem maßvollen Niveau soweit als möglich im System kompensiert werden und nicht im vollem Umfang zu erheblichen Angebotsreduzierungen mit den daraus resultierenden Folgen für Arbeit, Umwelt und Soziales in Deutschland führen.

Unser Verband ist bereit sich aktiv an der Erneuerung der Rahmenbedingungen des deutschen ÖPNV- Marktes zu beteiligen und gemeinsam eine zukunftsorientierte Aufstellung der Strukturen zu erreichen. Aus unserer Sicht kann es nur über diesen Weg mittelfristig

gelingen, die öffentlichen Finanzmittel in einem geordneten Prozess auf ein wirtschaftlich maßvolles und bedarfsorientiertes Niveau zu führen.

gez. Wolfgang Meyer
Präsident

gez. Thomas Becken
Vizepräsident

Interessenverband mofair
Potsdamer Platz 1
10785 Berlin
Tel. 030/25899137
e-mail: info@mofair.de

Der Interessenverband mofair stellt sich vor:

Drei der größten in Deutschland tätigen Mobilitätsdienstleister im Nah- und Schienenpersonennahverkehr gründeten am 9. September 2005 den Interessenverband mofair. Der Zusammenschluss setzt sich für die Beschleunigung der Marktöffnung und für die Sicherung des diskriminierungsfreien Infrastrukturzugangs im öffentlichen Verkehr ein. Ziel des Interessenverbandes ist weiterhin die Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Verkehrsmarktes unter fairen Rahmenbedingungen, damit sich öffentliche Mobilität zu einem Wachstumsmarkt mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen entwickeln kann.

Präsident des Interessenverbandes ist Wolfgang Meyer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Abellio GmbH. Vizepräsident ist Thomas Becken, Geschäftsführer der Arriva Deutschland GmbH sowie als weiteres Vorstandsmitglied Josef Berker, Geschäftsführer der Transregio Deutsche Regionalbahn GmbH. Die drei Gründungsmitglieder repräsentieren drei aufstrebende Verkehrsunternehmen in einem liberalisierten Verkehrsmarkt und betreiben Bus- und Bahnverkehre in ganz Deutschland und Europa.

Die dem Zusammenschluss angehörige Unternehmen sehen öffentliche Mobilität als einen potentiellen Wachstumsmarkt an, der angesichts der derzeit zu beobachtenden Energiepreissteigerungen positive Perspektiven und Alternativen bietet. Denn allein im ersten Halbjahr dieses Jahres nutzten 5,1 Milliarden Menschen den öffentlichen Verkehr mit Bussen und Bahnen. Öffentliche Mobilitätsanbieter leisten somit aktive Zukunftssicherung zum Wohle ihrer Kunden.

mofair versteht sich als Organ der Wachstumsunternehmen im Markt für öffentliche Mobilität. Als solches erhofft sich mofair, dass der Bund die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs für die neuen Mobilitätsdienstleister in der 16. Legislaturperiode für den Bus- und Bahnverkehr deutlich verbessert. Von der neuen Bundesregierung wünscht sich der Interessenverband, dass diese den Markt für öffentlichen Verkehr zum Wachstumsmarkt erklärt und die dafür entsprechenden Rahmenbedingungen schafft.